

Merkblatt

Meldungen der Polizei

Die KESB erhält **Verfügungen der Polizei** als Meldung oder in Kopie, wenn die Meldung an eine andere Stelle / Behörde erfolgt (z.B. an die Staatsanwaltschaft). Unabhängig davon, ob eine Massnahme angeordnet wird, kann dies persönliche, finanzielle oder datenschutzrechtliche Auswirkungen haben.

Es besteht eine **Meldepflicht** für Personen, die in amtlicher Tätigkeit davon Kenntnis erhalten, dass eine Person hilfsbedürftig ist bzw. dass das Wohl eines Kindes gefährdet erscheint.¹ Mit dieser Meldepflicht wird das für Mitglieder des Polizeikorps geltende Amtsgeheimnis² durchbrochen.³

Für **qualifizierte Gefährdungsfälle** wird eine Zusammenarbeitspflicht zwischen KESB und Polizei vorgeesehen.⁴ Sie gilt für Fälle mit dem Risiko, dass sich eine hilfsbedürftige Person selber gefährdet oder ein Verbrechen bzw. Vergehen begeht, mit dem sie jemanden körperlich, seelisch oder materiell schwer schädigt. Für den Bereich des Kindesschutzes besteht ein entsprechender Gesetzgebungsauftrag an die Kantone.⁵

Die Polizei teilt die angeordnete Schutzmassnahme der zuständigen KESB mit, wenn Minderjährige im Haushalt der gefährdeten oder gefährdenden Person leben.⁶

Nach Eingang eines Polizeirapports prüft die KESB ihre **Zuständigkeit** und, ob die Meldung klar ist und eine Gefährdung der volljährigen oder minderjährigen Person zumindest **plausibel** erscheint. Wird aus der Meldung nicht klar, weshalb sie direkt an die KESB gerichtet ist, wird bei der Polizei zurückgefragt. Zeigt sich danach, dass ein Einschreiten der KESB **unverhältnismässig** wäre, ist das Verfahren abzuschliessen. Denn: auch die Sammlung von Daten muss der Situation angemessen sein.

Einer Meldung soll **betreffend Volljährige** eine **plausible Hilfsbedürftigkeit** zugrunde liegen. Der KESB soll nicht jeder polizeilich aktenkundig gewordene Vorfall mit Personen gemeldet werden, die normabweichendes Verhalten zeigen. Es soll nicht die Untersuchung unsicherer, bloss möglicher Fälle provoziert werden.⁷ Von Fachstellen wird eine sachkundigere Einschätzung erwartet als von Laien.

Ein Melderecht entbindet den/die Informationsträger:in nicht von einer Interessens- und Rechtsgüterabwägung im Einzelfall⁸ und eine Meldepflicht entbindet nicht von der Einschätzung, ob eine Hilfsbedürftigkeit plausibel ist. Es gilt als Aufgabe von Meldepflichtigen zu ermitteln, ob die Person derart schutzbedürftig erscheint, dass die KESB tätig werden muss.⁹ Die KESB muss dann abklären, ob sich dieser begründete Anschein erhärtet oder nicht.

Ärztlich angeordnete Fürsorgerische Unterbringungen müssen der KESB nicht in jedem Fall gemeldet werden. Personen, die fürsorgerisch untergebracht werden müssen, leiden oft an einem Schwächezustand, insbesondere einer psychischen Störung. Dies allein bedeutet jedoch noch nicht, dass sie ihre Angelegenheiten nicht selber besorgen können. Allenfalls wird die betroffene Person zudem durch die Familie, andere nahestehende Personen oder private bzw. öffentliche Dienste (z.B. pro Infirmis) ausreichend unterstützt. Wo die Vermutung besteht, dass eine schutzbedürftige Person Unterstützung im Rahmen einer behördlichen Massnahme benötigt, wird zudem die Einrichtung (z.B. Klinik Schlosstal) der KESB Meldung machen.

Die Polizei teilt die angeordnete Schutzmassnahme der KESB mit, wenn **Minderjährige im betroffenen Haushalt** leben.¹⁰ Mit dieser Mitteilung wird bei der KESB in der Regel ein Verfahren auf Prüfung von Kindesschutzmassnahmen nach Häuslicher Gewalt rechtshängig. Die KESB prüft die Notwendigkeit zivilrechtlicher Kindesschutzmassnahmen. Von der KESB angeordnete Kindesschutzmassnahmen ersetzen diesbezügliche polizeiliche Gewaltschutzmassnahmen.¹¹

Alle anderen polizeilich registrierten Vorfälle sollten vor einer Meldung an die KESB daraufhin eingeschätzt werden, ob und wie sich die festgestellte Situation auf Minderjährige auswirkt. Allenfalls ist es sinnvoller und wirksamer, Eltern oder Minderjährige auf Unterstützungsangebote aufmerksam zu machen.

Versucht ein Mensch sich das Leben zu nehmen (Suizidversuch), dann stellt dies eine grosse Belastung für die hinzugerufene Polizei dar. Eine Meldung an die KESB ist dann verhältnismässig, wenn Hinweise bestehen, dass sich die Lebenssituation der betroffenen Person durch eine Beistandschaft verbessern könnte. Die Erfahrung zeigt, dass die Kontaktaufnahme durch die KESB die Belastung der Betroffenen zumindest zuerst vergrössert.

Ein unkonventionelles oder auffallendes Verhalten ist für sich allein kein Grund für ein behördliches Eingreifen.

1 Art. 443 Abs. 2 ZGB

2 Amtsgeheimnis gemäss Art. 320 StGB

3 Art. 14 StGB. Strafbehörden und Gerichte sind dazu verpflichtet, die KESB über eingeleitete Strafverfahren sowie über Strafentscheide zu informieren, wenn dies zum Schutz einer beschuldigten oder geschädigten Person oder ihrer Angehörigen erforderlich ist (Art. 75 Abs. 2 StPO).

4 Art. 453 ZGB

5 Art. 317 ZGB

6 § 15 Abs. 1 GSG

7 FamKomm Erwachsenenschutz, Steck, Art. 443 N 24

8 HÄFELI, Erwachsenenschutz, N 33.05

9 ROSCH, Melderechte, FamPra 2012, S. 1030

10 § 15 GSG

11 § 7 Abs. 1 GSG